Vorlage für die Sitzung der STÄDTISCHEN Deputation für Inneres am 07.09.2017

Vorlage Nr.: 19/150

zu TOP 4 der Tagesordnung

IT-Bedarfe in den Nachfolgeämtern des Stadtamtes für das Haushaltsjahr 2017 Nachbewilligung aus zentralen IT-Pool-Mitteln

A. Sachdarstellung

Der Senat hat am 29.11.2011 beschlossen, den IT-Betrieb zu standardisieren und bei Dataport, dem IT-Dienstleister der Freien Hansestadt Bremen, zu zentralisieren. Gründe dafür sind die immer umfangreicheren Maßnahmen, die zur Gewährleistung der Sicherheit notwendig werden, der günstigere Einsatz von IT-Ressourcen, wenn diese gemeinsam genutzt werden, die Realisierung von Synergieeffekten auch mit anderen Trägerländern von Dataport sowie Energieeinsparungen.

Im ehemaligen Stadtamt ist die Zentralisierung des IT-Betriebes im Bereich PC und Netzwerke bereits erfolgt. Wie in den anderen Ressorts der Freien Hansestadt Bremen war die Einführung des Projektes "BASIS.bremen" hier erfolgreich. Der Betrieb der Fachverfahren der Nachfolgeämter ist jedoch noch nicht vollständig auf Dataport übertragen worden.

Im Rahmen der Haushaltsaufstellung wurden im Produktplan 96 im Stadthaushalt für das Haushaltsjahr 2017 zentrale IT-Mittel (IT-Pool) im Umfang von 4.081 Tsd. € veranschlagt. Diese Mittel sind für IT-Fachverfahren im damaligen Stadtamt sowie im Gesundheitsressort vorgesehen. Auf das ehemalige Stadtamt entfällt dabei mit 3.380 Tsd. € der weitaus größte Teil der Pool-Mittel. Die Mittel sind zur Zeit gesperrt; eine Freigabe durch den Haushalts- und Finanzausschuss setzt eine Konkretisierung der Maßnahmen sowie Nachweisung des Bedarfs voraus. Im weiteren ist nachzuweisen, dass die Lösungsmöglichkeiten im Produktplanhaushalt ausgeschöpft sind.

Zur Sicherstellung des IT-Betriebes in den Nachfolgeämtern des Stadtamtes werden für das Haushaltsjahr 2017 insgesamt aus Pool-Mitteln 3.373 Tsd. € benötigt. Der Bedarf setzt sich wie folgt zusammen:

Migration von Fachverfahren:

Bei der Haushaltsaufstellung wurde davon ausgegangen, dass alle Fachverfahren bis Ende 2016 an Dataport übergeben sein würden. Dieses Ziel ließ sich jedoch u.a. aufgrund der Komplexität der Verfahren und der gleichzeitigen Einrichtung des neuen Rechenzentrums bei Dataport nicht realisieren.

Hinzu kommen neue Problemstellungen, die sich aus der zwischenzeitlichen Auflösung des Stadtamtes und der Gründung des Ordnungsamtes, Migrationsamtes und Bürgeramtes, der Eingliederung des Standesamtes in die senatorische Behörde sowie Verlagerung der Querschnittsaufgaben in die senatorische Behörde ergeben. Eine wesentliche Herausforderung

stellt dabei die Auflösung der bisherigen Datenstruktur und deren Anpassung an die neuen Organisationsformen dar.

Nach aktueller Planung werden bis Ende 2017 alle Fachverfahren zu Dataport migriert sein. Je nach Transitionsdatum fallen die verfahrensbezogenen Mehrkosten unterjährig an. In Abhängigkeit zu den Transitionsterminen sind auch die seitens Dataport zu erbringenden Servicezeiten für die Fachverfahren zu verlängern. Diese sind im Wesentlichen den Öffnungsund Bearbeitungszeiten in den BürgerServiceCentern anzupassen. Herauszustellen ist, dass die in den vergangenen Jahren angestellten Kostenprognosen für den Betrieb der Fachverfahren bei Dataport nicht zutreffen. Der Betrieb der Verfahren übersteigt die alten Ansätze erheblich. Aufgefangen werden diese "Mehrkosten" durch veränderte Transitionszeitpunkte und dadurch gesenkte Ausgaben.

Zur Umsetzung der genannten Maßnahmen sind bis zum Jahresende folgende Mittel erforderlich:

Bezeichung	Planwert in SAP (HH- Anschlag)	Bedarf	Summe aus IT-Pool
Allgemeiner Fachbedarf IT	107.980	971.542	863.562
Kundenwarenkorb	30.000	30.000	0
Ersatzbeschaffung für Betrieb	0	0	0
Betrieb IT-Umgebung	170.785	916.354	745.569
Erweiterung EC-Cash	0	0	0
Erneuerung ELA-Anlage im Gebäude 1	0	0	0
Zahlungssystem Zasys	50.044	382.250	332.206
Verkehrsüberwachung Politess	48.732	67.531	18.799
Verkehrsordnungswidrigkeiten SC-OWI	62.929	749.424	686.495
Kfz-Angelegenheiten IKOL	291.609	450.663	159.054
Führerscheinangelegenheiten FSW	53.110	93.751	40.641
ADVIS Ausländerangelegenheiten	253.718	223.956	-29.762
Waffen-, Jagd,- Fischereiangelegenh. Condition	30.221	23.604	-6.617
Fundangelegenheiten Fundinfo	8.568	8.894	326
Gewerbeangelegenheiten Migewa	69.762	89.116	19.354
Einbürgerungsangelegenheiten ADVIS	18.736	93.788	75.052
Melde-, Pass, Ausweisangelegenheiten MESO	497.939	676.329	178.390
Personenstandsangelegenheiten AutiSta	313.194	424.137	110.943
Schnittstellen Zasys	0	0	0
Terminmanagementsystem	14.069	4.141	-9.928
IT-Projekt Verwarngeld vor Ort	0	30.000	30.000
ADVIS Besuchereinladung	13.120	110.030	96.910
Einführung allgem. Ordnungsangelegenheiten	0	0	0
Fachanwendung für Volksfestzulassungen	49.534	111.544	62.010
Summe Fachanwendungen	2.084.050	5.457.054	3.373.004

Der Bedarf im Umfang von 3.373.004 € kann nicht aus Haushaltsmitteln des bisherigen Stadtamtes innerhalb des Produktplanes 07 nachgesteuert werden. Ausweislich des Controlling-Berichts 06/2017 wird dort für die Produktgruppen des Stadtamtes im Bereich der konsumtiven Ausgaben zwar ein positives Ergebnis erwartet; eine Mittelverlagerung in den PPL 96 würde jedoch ein Ausgabenrisiko in Höhe der Verlagerung nach sich ziehen. Eine Nachsteuerung aus anderen Produktgruppen des Produktplanes 07 würde dort ebenfalls Haushaltsrisiken nach sich ziehen. Die Inanspruchnahme der IT-Pool-Mittel ist daher alternativlos.

B. Beschlussvorschlag

Die Deputation für Inneres stimmt den finanziellen Bedarfen zum IT-Betrieb zu. Sie bittet den Senator für Inneres in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen die Entsperrung und Nachbewilligung durch den Haushalts- und Finanzausschuss zu erwirken.